

Geschichte und Leben eines Textes: Über die Erklärung *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen aus 1995*¹

Ladislav Beneš

Abstract: History and Life of a Text. About the Declaration on the Question of the Expulsion of the Sudeten Germans from 1995

The article recalls the publication and historical context of the Declaration on the Question of the Expulsion of the Sudeten Germans, which was adopted as an official statement by the Evangelical Church of Czech Brethren (ECCB) in 1995. The document dealt with the past and present of relations between Czechs and Germans, in particular with the expulsion of the Sudeten Germans from the Czechoslovak border regions after the Second World War. The ECCB's declaration was intended to express the fact that the two nations caused each other considerable harm during this period. However, a common future is only possible through mutual reconciliation, forgiveness and a joint endeavour to overcome historical injustice. The creation of the declaration was a reaction to the context at the time, when the aim was to find a new way of co-operation between Czechs and Germans after the revolution of 1989. After forty years of communist rule in Czechoslovakia, mutual antipathy was once again widespread among the public. The Sudeten German Landsmannschaft was a key group in this respect. The authors of the Declaration on the Question of the Expulsion of the Sudeten Germans faced criticism, mainly because of historical inaccuracies or an alleged unnecessary humiliation of the Czechs towards the Germans. Nevertheless, the document was largely favourably received by the public and politicians and was gratefully received by the Evangelical Church in Germany (EKD). Subsequently, the declaration was taken as inspiration for further work on the topic and, in cooperation with the EKD, a Protestant anthology on the subject was produced.

Keywords: Czech-German relations; the expulsion of the Sudeten Germans; Evangelical Church of Czech Brethren; Evangelical Church in Germany; Sudeten Germans

DOI: 10.14712/30296374.2024.14

„[...] eine Rückkehr zu früheren Verhältnissen ist unmöglich; was wir alle verloren haben, muß zu den Kriegsverlusten gezählt werden. Das einzige, was uns übrigbleibt, ist, vom Status quo ohne gegenseitige Beschuldigungen und Forderungen auszugehen und unsere Beziehungen von Grund auf neu

¹ Dieser Artikel wurde durch das SVV-Projekt des Instituts der Internationalen Beziehungen, FSV UK, No. 260726 unterstützt. Für die Zusammenarbeit danke ich sehr herzlich Jan Čapek und Gerhard Frey-Reininghaus.

*aufzubauen [...]. Wir wollen zu diesem neuen Aufbau bereit sein und bitten deshalb um Vergebung dessen, worin wir uns wirklich an jemandem schuldig gemacht haben, und sind bereit, denen zu vergeben, die sich an uns schuldig gemacht haben. Und zu dem Übrigen möge Gott uns allen helfen!*²

1. Einleitung

Das Jahr 1989 markierte in der Tschechoslowakei in vielerlei Hinsicht einen Neuanfang und brachte die Notwendigkeit neuer Definitionen mit sich. Die Herrschaft der Kommunistischen Partei endete und demokratisch gewählte Politiker kamen allmählich an die Macht, die Gesellschaft erlebte einen Freiheitsschub, die Grenzen zu Westeuropa öffneten sich, die Wirtschaft wandelte sich allmählich von einer zentralen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft, die Tschechoslowakei änderte wiederholt ihren Namen, bis sie schließlich 1993 auseinanderbrach und die Tschechische und die Slowakische Republik bildete, und vieles mehr. Auch die Beziehungen zu den nächsten geografischen Nachbarn mussten neu geordnet werden. Vertreter des tschechoslowakischen und dann des tschechischen Staates trafen sich daher mit ihren Amtskollegen und legten die Regeln für neue politische Verhandlungen fest. Besonders wichtig war es, die Beziehungen zu den Ländern wiederherzustellen, die durch den Eisernen Vorhang getrennt waren, insbesondere zur Bundesrepublik Deutschland. Dabei war es schwer, sich an das Erbe des Zweiten Weltkriegs zu erinnern und es zu bewältigen. Gleichzeitig gab es auch Bedenken, wie die Tschechische Republik ihre Position in Europa neben einem wirtschaftlich so starken Nachbarn würde verteidigen können. Daher war es wichtig, dass nach langen Diskussionen schließlich am 21. Januar 1997 die *Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung* unterzeichnet wurde, die zur Verbesserung der Beziehungen beitrug.

Die politische Führung beider Länder war jedoch nicht die einzige, die die getrübbte Vergangenheit der Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen wahrnahm. Verschiedene regionale Gruppen, insbesondere die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL), meldeten sich in der öffentlichen Debatte zu Wort und machten ihre Eigentumsansprüche oder Forderungen

2 Evangelische Kirche in Deutschland, *Smíření mezi Čechy a Němci: Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen* (Hannover: Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1997), 37–39.

nach der Rückgabe ganzer Gebiete geltend. Hundertfünf tschechische und sudetendeutsche Intellektuelle unterzeichneten im Jahr 1995 die Erklärung *Versöhnung 95*, in der sie ihre Regierungen zu einer gemeinsamen Diskussion über „alle Fragen, die zumindest eine der Seiten für noch offen hält“, aufforderten.³ Auch die Kirchen und ihre Mitglieder versuchten, Stellung zu beziehen. Führende Vertreter der römisch-katholischen Kirche in der Tschechischen Republik, wie Kardinal Tomášek oder der Prager Erzbischof Miroslav Vlk, erwähnten bereits seit 1990 in ihren Reden regelmäßig den Wunsch nach besseren Beziehungen zu Deutschland. Auch 1995 wurde anlässlich des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges eine gemeinsame Erklärung der tschechischen und deutschen Bischöfe veröffentlicht.⁴ Die Ackermann-Gemeinde, ein katholischer Verein, der 1946 von vertriebenen Deutschen aus dem Sudetenland gegründet wurde, begann nach der Samtenen Revolution in Prag mit der Organisation von Aktivitäten zur Förderung des gegenseitigen Zusammenlebens und vielem mehr.

Am weitesten ging wahrscheinlich die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder (EKBB), die im Laufe des Jahres 1995 den Text *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* veröffentlichte, der am 18. November desselben Jahres von ihrer Synode als offizielle Position der gesamten Kirche angenommen wurde. Darin bekennen sich die Protestanten zu ihren Fehlern gegenüber den deutschen Nachbarn während und unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Und im Bewusstsein des Unrechts der Deutschen gegenüber den Tschechen riefen sie zur gegenseitigen Versöhnung und zur gemeinsamen Arbeit „zu einem neuen Aufbau im christlichen Geist gegen den Geist des Nationalismus“ auf.⁵ Im Januar 1996 erhielt der Synodalrat der EKBB von seinen Amtskollegen aus der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ein herzliches Antwortschreiben, in dem die EKD begrüßte, dass „Sie [Synodalsenior Pavel Smetana, aber auch der Synodalrat der EKBB – L. B.] mit Ihrer Kirche den entscheidenden Schritt getan haben,“ auf dem die künftige Zusammenarbeit aufgebaut werden kann. Gleichzeitig bat sie, „dass wir die nächsten Schritte gemeinsam tun.“⁶ Im November 1996 verabschiedete die Synode der EKD dann eine offizielle *Erklärung zur Versöhnung*

3 Walter Rzepka (ed.), *Zukunft trotz Vergangenheit: Texte zur deutsch-tschechischen Versöhnung* (München: Schriftenreihe der Ackermann-Gemeinde, 2005), 197.

4 E. g. ausgewählte Texte in: Ibid.

5 EKD, *Smíření*, 39.

6 Ibid., 45.

zwischen Tschechen und Deutschen, in der bereits konkrete Schritte zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen dargelegt wurden. Die Texte sowohl der EKBB als auch der EKD nahmen die Deutsch-Tschechische Erklärung weitgehend vorweg. Vor allem aber erklärten sie öffentlich den Willen zur Zusammenarbeit der genannten evangelischen Kirchen in der neuen Zeit, halfen ihnen bei der Bewältigung der schwierigen Vergangenheit und gaben die Richtung ihrer Beziehungen für die Zukunft vor. Aber wie sah die Entstehung des Schlüsseldokuments *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* aus? Auf welchen Erklärungen baute es auf und in welchem Gesamtzusammenhang entstand es?

In den folgenden Zeilen soll an das Dokument *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* erinnert werden, das 1995 von der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder veröffentlicht wurde. Die Betrachtung wird sich hauptsächlich auf die Entstehung des tschechischen Textes konzentrieren, da die deutsche Antwort eine eigene Bearbeitung verdient. Die deutsche Diskussion basierte nämlich auf einem Kontext von Erinnerungen, die im Wesentlichen konfliktgeladen waren, obwohl sie in vielerlei Hinsicht den tschechischen Erinnerungen ähnelten. Eine gesonderte Aufmerksamkeit sollte auch dem Vergleich des Dokuments der EKBB mit anderen Initiativen gewidmet werden, sei es dem erwähnten *Versöhnung 95*, den Erklärungen der katholischen Kirche oder der *Ackermann-Gemeinde* und anderen.

Zunächst wird auf den Text der Erklärung selbst, ihre Kernpunkte und ihre schrittweise Entwicklung näher eingegangen. Eine Zusammenfassung des Dokuments wird an den Anfang der gesamten Analyse gestellt, da in den folgenden Kapiteln darauf Bezug genommen wird. Im zweiten Kapitel werden dann die wichtigsten Texte, auf die sich das Dokument bezieht, in Erinnerung gerufen. Da es um einen sehr ausführlichen Text geht, wird hier nur die Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1995 beleuchtet. Gleichzeitig werden der historische Kontext und die zeitgenössische politische Situation, auf die die Autoren reagieren mussten, in den Fokus gerückt. Das dritte Kapitel gibt einen Überblick über die Reaktionen, die die Erklärung vor allem im kirchlichen Umfeld hervorgerufen hat. Die häufigsten Kritikpunkte, die an dem Dokument geäußert wurden, werden ebenfalls dargelegt, und zwei konkrete Fälle werden ausführlicher vorgestellt. Im letzten Abschnitt werden die weiteren Entwicklungen in den evangelischen tschechisch-deutschen Beziehungen skizziert. Die Betrachtung wird sich vor allem auf die *Tschechisch-deutsche Arbeitsgruppe der Evangelischen Kirche in Deutschland*

und der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, konzentrieren, die die Aufgabe hatte, die oben genannte Erklärung auszuarbeiten und ihre Hauptthesen in der breiteren Gesellschaft zu popularisieren. Die Ergebnisse ihrer Arbeit wurden dann in dem Buch *Der trennende Zaun ist abgebrochen: Zur Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen* zusammengefasst,⁷ dessen Inhalt ebenfalls abgerufen werden wird.

Der vorgelegte Text geht namentlich von den Archivmaterialien, gesammelt von Jan Čapek, aus, die dem Archiv der EKBB übergeben wurden, und von Interviews mit Jan Čapek und Gerhard Frey-Reininghaus, die bei der Entstehung der Erklärung mitwirkten.

2. Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen

Die Grundidee für den Text entstand bereits im Jahr 1992 und ein Jahr später wurde die konkrete Struktur des Dokuments *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* entworfen.⁸ Sie wurde im Rahmen des *Beratungsausschuss für Soziale und Internationale Angelegenheiten des Synodrates der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder* (BSIA) erstellt und endgültig erst in der vierzehnten Fassung angenommen.⁹ Die BSIA-Mitglieder waren: Dozent für Amerikanistik an der Karls-Universität (KU) Miloš Calda, Pfarrer Jan Čapek, Pfarrer Jan Dus, Mitarbeiter an der Pädagogischen Fakultät der KU Jan Horálek, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Ladislav Pokorný und Tomáš Růžicka, der als Physiker an der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik tätig war.¹⁰ Außerdem wurden Historiker Martin Wernisch und teilweise auch Pfarrer Miroslav Brož eingeladen, dauerhaft an dem Projekt mitzuarbeiten.¹¹ Es besteht Übereinstimmung zwischen den Zeitzeugen darüber, dass der Hauptinitiator der Erklärung Tomáš Růžicka war, der später Mitglied der Tschechisch-deutschen Arbeitsgruppe wurde,

7 Evangelische Kirche in Deutschland, *Der trennende Zaun ist abgebrochen: Zur Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen* (Středokluky: Zdeněk Susa, 1998).

8 Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 8. Juni 2023.

9 Archiv der EKBB, Nicht numeriert, *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen*, Endgültiger Text vom 6. März 1995.

10 Ibid., Namenliste bei dem Gespräch über die sudetendeutsche Frage.

11 Ibid., Bericht über „Gespräche zur Sudetendeutschen Frage“, organisiert von dem Beratungsausschuss für Soziale und Internationale Angelegenheiten des Synodenrates der EKBB.

aber das Dokument wurde innerhalb des Beratungsausschuss im Konsens und gemeinsam verfasst.¹² Später, am 5. April 1995, nahm der Synodarat die Erklärung an und beschloss, sie zum Studium und zur weiteren Diskussion in den EKBB-Gemeinden zu empfehlen. Die Synode der EKBB, das höchste Gremium der Kirche, nahm das Dokument dann am 18. November 1995 als Stellungnahme der gesamten Kirche an.¹³ Zunächst war der Text vor allem für Tschechen gedacht, und die Autoren bringen dies auch zum Ausdruck.¹⁴ Aufgrund der regelmäßigen Kommunikation mit den deutschen Partnern wurde jedoch auch die EKD auf die Erstellung des Dokuments aufmerksam, so dass eine deutsche Übersetzung angefertigt wurde. Diese wurde schließlich von den Mitgliedern des BSIA in Zusammenarbeit mit Gerhard Frey-Reininghaus, einem damaligen Mitarbeiter der Evangelisch-Theologischen Fakultät, angefertigt.¹⁵

Die EKD reagierte erstmals mit einem Antwortbrief vom 9. Januar 1996 auf das Dokument, in dem der Ratsvorsitzende und sein Vertreter die Erklärung als Grundstein für gute Beziehungen begrüßten und darum baten, die nächsten Schritte zu koordinieren. Dies wurde auch vom Synodarat der EKBB in seinem Antwortschreiben vom 11. April 1996 begrüßt. Die Synode der EKD nahm den Text dann auch offiziell auf ihrer Tagung am 7. November 1996 an.¹⁶ Die EKD und die EKBB bereiteten daraufhin gemeinsam die Tschechisch-deutsche Arbeitsgruppe der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder vor, die im Dezember 1996 in Dresden zum ersten Mal tagte.¹⁷

Der Text *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* ist in fünf Unterkapitel unterteilt. Das erste heißt *Geschichte des Zusammenlebens* und behandelt die Entwicklung der tschechisch-deutschen Beziehungen beginnend mit dem Mittelalter, als deutsche Siedler in die böhmischen Länder zogen, bis in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Autoren versuchten, die positiven Folgen der gegenseitigen Begegnungen hervorzuheben, die

12 Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Jan Čapek am 16. Januar 2024; Ibid., Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 20. Oktober 2023.

13 EKD, *Smíření*, 7.

14 Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Jan Čapek am 16. Januar 2024; Ibid., Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 20. Oktober 2023.

15 Ibid., Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 20. Oktober 2023.

16 EKD, *Smíření*, 7–9.

17 Archiv der EKBB, Nicht numeriert, Gemeinsame Sitzung der Arbeitsgruppe am 13. Dezember 1996 in Dresden.

eine neue Qualität hätten schaffen können, wie es zum Beispiel während der Reformation der Fall war. Der Wandel vollzog sich in der Zeit nach der Schlacht am Weißen Berg im Jahr 1620, als Deutsch zur offiziellen Hauptsprache wurde, ein Teil der tschechisch-sprachigen Bevölkerung auswandern musste und eine Zwangsgermanisierung stattfand, insbesondere in der staatlichen Verwaltung. Die Entfremdung wurde dann in der Zeit der so genannten nationalen Wiedergeburt abgeschlossen, die in das „lange 19. Jahrhundert“ fällt. Die Erste Tschechoslowakische Republik führte die Demokratie in die tschechischen Länder ein, allerdings konstatierte die EKBB „doch wir sehen auch, daß nicht alles dafür getan wurde, daß sich die böhmischen Deutschen innerlich voll mit dem tschechoslowakischen Staat als ihrer Heimat identifizieren konnten.“¹⁸ Nach Ansicht der Autoren funktionierte der neue tschechoslowakische Staat in Teilen wie „Österreich umgekehrt“, und es kam zu nationalen Spannungen.

Aufgrund dieser Konflikte neigte sich ein Teil der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei dem Nationalsozialismus zu und konnte die öffentliche Meinung in diesem Sinne stark beeinflussen. Das zweite Kapitel trägt daher den Titel *Die böhmischen Deutschen erliegen dem Nazismus*. Die Sudetendeutsche Partei, angeführt von Konrad Henlein, wurde zum Führer der deutschen Minderheit und beeinflusste ihre deutschen Mitbürger, so dass ihr Einfluss „schließlich im Grenzgebiet dazu führte, daß die Hitlersche Macht massenhaft willkommen geheißen wurde.“¹⁹ Nach Ansicht der BSIA-Mitglieder wurden die meisten Deutschen in den tschechischen Ländern zu Instrumenten des Nationalsozialismus, was die Schrecken des Zweiten Weltkriegs auslöste und dazu beitrug, dass die tschechische Öffentlichkeit nach dem Krieg zu einem Bündnis mit der Sowjetunion neigte.

Das dritte Kapitel fasst *Die Motive der Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei* zusammen. Nach Ansicht der Autoren war das Trauma des Zweiten Weltkriegs so schwerwiegend, dass „die Angst vor den Deutschen bis heute [zwischen allen Generationen – L. B.] besteht“, ²⁰ zwischen allen Generationen. Gleichzeitig führte dies zu gegenseitigem Unverständnis auf beiden Seiten. Auf deutscher Seite gab es „bagatellisierende Bemerkungen in dem Sinne, dass es den Tschechen während der Okkupation im großen und

¹⁸ EKD, *Smíření*, 19.

¹⁹ Ibid., 21.

²⁰ Ibid., 23.

ganzen gut gegangen sei.“²¹ Auf tschechischer Seite wurde die Vertreibung relativiert, weil die Vertriebenen den Kommunismus nicht erleben mussten und daher in den 1990er Jahren einen höheren Lebensstandard hatten. In seiner Stellungnahme wollte der BSIA betonen, dass sich der tschechoslowakische Staat nach dem Zweiten Weltkrieg sehr nationalistisch verhalten habe, weil es sein Ziel war „ein nationaler slawischer Staat zu sein, der keiner Minderheit lästige politische Rechte zugestehen müsste.“²² Nach Ansicht der Autoren hat die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) am meisten von dieser Welle des Nationalismus profitiert. Darüber hinaus wurde bemerkt: „die konkrete Art der Aussiedlung übertraf in ihrem drastischen Ausmaß alle im voraus erwogenen Varianten.“²³ Dies galt insbesondere für die Zeit der so genannten „wilden Vertreibung“, an der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vor allem die Tschechen und Slowaken selbst Schuld trugen.

Die Verantwortung für die spätere Entwicklung trügen auch Menschen, die zum Zeitpunkt der Vertreibung noch Kinder waren oder noch gar nicht geboren waren, wie die Autoren im vierten Kapitel *Kontinuität der Verantwortung* mitteilen. Die Vorfahren hätten ein Trauma verursacht, das ihre Nachkommen wiedergutmachen müssten. Aus diesem Grund schlug der BSIA eine Erklärung vor, dass die Vertreibung eine radikale Lösung der Beziehungen unter Tschechen und Deutschen war, die „trotz alles vorangegangenen Unrechts, als moralisch verfehlter Schritt“²⁴ bewertet werden sollte. Die von den Tschechen an den Deutschen begangenen Verbrechen seien verdammungswürdig. Insbesondere das „schändliche“²⁵ Gesetz Nr. 115/1946 mit dem Namen: *Gesetz über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, welche mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen*,²⁶ das die Verbrechen der Tschechen und Slowaken darstellte, die auf „lediglich Vergeltung für die Taten der Besatzer oder ihrer Komplizen“²⁷ gerichtet waren. Die Autoren des Dokuments

21 Ibid.

22 Ibid., 25–27.

23 Ibid., 27.

24 Ibid., 33.

25 Ibid.

26 Vollständiger Text verfügbar unter: *Gesetz Nr. 115/1946: Gesetz über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, welche mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen*, <https://www.zakonyprolidi.cz/cs/1946-115> (abgerufen 20. 7. 2024).

27 Ibid.

äußerten auch ihr Bedauern über den Umgang mit dem von Vertriebenen hinterlassenen Eigentum.

Das letzte Kapitel trägt den Titel *Gegenwärtiger Stand und Perspektiven unserer gegenseitigen Beziehungen*. Darin vertritt der BSIA die Auffassung, dass die Ereignisse während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ein für alle Mal oder in einem einzigen Akt aufgearbeitet werden können. Der Weg zur Versöhnung führe nur über das gegenseitige Verständnis und die Reue für das Leid auf beiden Seiten, so die Autoren. Eine Rückkehr zur alten Ordnung sei jedoch nicht mehr möglich und daher „vom Status Quo ohne gegenseitige Beschuldigungen von Grund auf neu aufzubauen“.²⁸ Aus diesem Grund hat der BSIA den eingangs zitierten Aufruf in diesen Text aufgenommen.

3. Herausforderungen und Halbwahrheiten

Aus der Zusammenfassung der Erklärung wird deutlich, dass die Autoren versucht haben, die wichtigsten Punkte des Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen zusammenzufassen. Sie versäumten es jedoch nicht, einige frühere Dokumente oder Aktivitäten von Einzelpersonen zu erwähnen, die sich um eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen bemühten. Zugleich spiegeln sie die Diskussion wider, die damals in der Öffentlichkeit zu diesem Thema geführt wurde. Gerhard Frey-Reininghaus erinnert daran, dass am Anfang der Initiative das Bemühen stand, einige in der Gesellschaft verbreitete Halbwahrheiten zu korrigieren (z. B. über die Kolonisierung tschechischer Gebiete durch die Deutschen und andere).²⁹ Der BSIA erhielt auch Aufforderungen von Mitgliedern der EKBB, sich mit der tschechisch-deutschen Frage zu befassen. Zum Beispiel schickte der Pfarrer Jan A. Dvořáček im Oktober 1991 sogar den Entwurf eines Briefes an die EKD, den der Synodalrat abschicken sollte und in dem er die Grundgedanken der späteren Erklärung vorwegnahm: „Für unseren Teil muss schließlich vor allem Folgendes gesagt werden: Obwohl wir durch die unglücklichen Manifestationen des Nachkriegsnationalismus ernsthaft beunruhigt wurden, bekennen wir mit Scham, dass wir als Kirche versagt haben; denn wir (mit Ausnahme einzelner mutiger Christen wie R. Říčan und P. Pitter [...]). Alles Unrecht muß aufrichtig

²⁸ EKD, *Smíření*, 37.

²⁹ Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 20. Oktober 2023.

bekannt werden, um vergeben zu werden. [...] Nur unbestechliche Wahrheit und wahre Reue beseitigen die Hindernisse auf dem Weg der Versöhnung, befreien aus der Gefangenschaft einer schuldbeladenen Vergangenheit und ermöglichen eine neue Zukunft.“³⁰ Die tschechisch-deutsche Frage war also Anfang der 1990er Jahre in der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder lebendig, und die Mitglieder des BSIA haben sie aufgegriffen. Welche anderen Forderungen waren in der tschechischen Öffentlichkeit zu hören, auf die die Autoren reagierten?

Kurz bevor er Präsident wurde, schrieb Václav Havel einen Brief an den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, um ihm für die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 15. Oktober 1989 in Frankfurt zu danken. Darin erwähnt Havel Folgendes: „wir schulden den Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben wurden, eine Entschuldigung. Denn es handelte sich um einen Akt, bei dem mehrere Millionen Menschen auf sehr harte Weise ihrer Heimat beraubt wurden, und es war in der Tat ein Übel, das eine Vergeltung für ein früheres Übel darstellte.“³¹ Bundespräsident Weizsäcker begrüßte diese Aussage und erwähnte sie sogar in seiner Weihnachtsansprache.³² Obwohl Havel in der Rede erklärte, es handele sich nur um seine private Meinung, löste sie in der Öffentlichkeit erhebliche Diskussionen aus. Vor allem die Sudetendeutsche Landsmannschaft griff sie auf und sah darin eine offizielle Entschuldigung oder ein Schuldeingeständnis, aus dem nach ihrer Interpretation rechtliche Konsequenzen, wie die Rückgabe von Eigentum, folgen sollten.³³ Die Autoren der Erklärung *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* kommentierten Havels Geste mit den Worten: „Mit Bedauern stellen wir

30 Archiv der EKBB, Nicht numeriert, J. A. Dvořáček: Einwurf eines Schreibens an der Rat der EKD in der BRD.

31 „Výjádření Václava Havla k odsunu sudetských Němců (v Čs. televizi 23. prosince 1989 v rozhovoru s Martou Skarlandtovou),“ in Miroslav Kunštát (ed.), *Česko-německé vztahy po pádu železné opony. Dokumentace k česko-německým vztahům 1989–1997* (Praha: Polaris, Rada pro mezinárodní vztahy, 1997), 25.

32 Richard von Weizsäcker, „Weihnachtsansprache 1989 von Bundespräsident Richard von Weizsäcker,“ *Bundespräsident.de / Archiv der Reden*, https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1989/12/19891224_Rede.html (abgerufen 20. 7. 2024).

33 Vladimír Handl, „Von der Abgrenzung zur Partnerschaft. Deutsch-tschechische Beziehungen im vereinigten Europa,“ in Matthias Stickler, Jaroslav Kučera und Raimund Paleczek (eds.), *Deutsche und Tschechen. Landsleute und Nachbarn in Europa* (München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2017), 289–290.

fest, daß die korrekte und aufrichtige Entschuldigung unseres Präsidenten aus dem Jahr 1989 nicht als ausgestreckte Hand zur Tilgung der unseligen Vergangenheit durch gegenseitige Versöhnung verstanden wurde, sondern als Gelegenheit zur Aufstellung von politischen und vermögensbezogenen Forderungen. Wir sind überzeugt, daß der Weg derartiger Forderungen und Proklamationen zu keiner Versöhnung führt, sondern im Gegenteil die gegenseitige Entfremdung noch vertiefen wird.³⁴

Zur Erinnerung ist nötig zu erwähnen, dass die Sudetendeutsche Landsmannschaft im Jahr 1950 von den aus dem ehemaligen Sudetenland, dem Grenzgebiet der Tschechoslowakei, vertriebenen Deutschen gegründet wurde. Zu Beginn der 1990er Jahre hatten die 1961 formulierten Positionen, die so genannten *20 Punkte*, innerhalb der Gruppe noch volle Gültigkeit. Dazu gehörten unter anderem die Forderungen nach Rückkehr und Wiederansiedlung der Deutschen in ihren ursprünglichen Gebieten, die Aufhebung der so genannten Beneš-Dekrete und die Umwandlung der Tschechoslowakei in einen multiethnischen Staat mit voller Autonomie für die nationalen Minderheiten. Der Sitz der Organisation befindet sich nach wie vor in München, Bayern. Vor 1989 erreichten nur einige ihrer Äußerungen die Tschechoslowakei, aber nach der Öffnung der Grenzen waren ihre Forderungen in vollem Umfang zu hören, was in der tschechischen Gesellschaft eine beträchtliche Welle von Ressentiments und Feindseligkeit gegenüber den deutschen Nachbarn auslöste.³⁵

Die höchsten politischen Vertreter bemühten sich auch um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen. Der erste große Erfolg bei den Bemühungen um eine „Normalisierung“ der Beziehungen war der *Vertrag über gute Nachbarschaft*, der am 27. Februar 1992 zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Bundesrepublik Deutschland geschlossen wurde.³⁶ Nach dem Umbruch

34 EKD, *Smíření*, 35.

35 Mehr in: Václav Houžvička, *Návraty sudetské otázky* (Praha: Karolinum, 2005), vor allem 317–458; Václav Kural, „Sudetoněmecké krajanské sdružení v SRN 1989–1996“, in Václav Kural (ed.), *Studie o sudetoněmecké otázce, část II. Krajanské organizace sudetských Němců v SRN* (Praha: Ústav mezinárodních vztahů, 1998), 7–26.

36 Mitteilung Nr. 521/1992: Mitteilung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten über den Abschluss des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, <https://www.zakonyprolidi.cz/cs/1992-521> (abgerufen 20. 7. 2024).

schloss die BRD auch mit anderen mitteleuropäischen Ländern ähnliche Abkommen.³⁷ Die Frage der gemeinsamen Geschichte von Tschechen und Deutschen wurde in diesem Vertrag jedoch nicht ausreichend geregelt. Die tschechische Seite versuchte, das Münchner Abkommen von 1938 aufzuheben oder die tschechischen Opfer der NS-Diktatur zu entschädigen. Weitere Widersprüche ergaben sich zum Beispiel bei der Bewertung der sogenannten Beneš-Dekrete.³⁸

Ein weiterer historischer Krisenpunkt, auf den auch die Autoren der Stellungnahme Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen zurückkommen, sind die sogenannten Beneš-Dekrete. Dabei handelt es sich um eine Reihe von achtundneunzig veröffentlichten und sieben zusätzlichen Dekreten, die der tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš in seinem britischen Exil während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erließ. Dies war eine Zeit, in der es nicht möglich war, die gesetzgebende Gewalt durch die Nationalversammlung auszuüben. Edvard Beneš erließ sie 1945 und im März des folgenden Jahres wurden sie zusätzlich von der Provisorischen Nationalversammlung durch das Gesetz Nr. 57/1946 genehmigt.³⁹ So ordnete er beispielsweise die Verstaatlichung von Großunternehmen, Banken und Versicherungen an oder errichtete eine Zweigstelle der medizinischen Fakultät der Karlsuniversität in Pilsen. Am meisten in Erinnerung geblieben sind jedoch die Maßnahmen, die mit der Konfiszierung des Eigentums der ethnischen Deutschen und Ungarn, dem Verlust der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft und allgemein mit der Anerkennung der Kollektivschuld der Deutschen und Ungarn an der tschechoslowakischen Nation verbunden waren.⁴⁰ Wie bereits erwähnt, kritisierte der BSIA insbesondere das Gesetz Nr. 115/1946 *Gesetz über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, welche mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen*.⁴¹

37 Mehr in: Vladimír Handl, Jan Hon und Otto Pick (eds.), *Vztahy Spolkové republiky Německo ke státům střední Evropy od roku 1990* (Praha: Karolinum, 1998).

38 Miroslav Kunštát, „Německo a Česká republika“ in *ibid.*, 200–03.

39 Die Liste der Dekrete ist verfügbar unter: *Dekrete des Präsidenten der Republik Edvard Beneš (Beneš-Dekrete)*, <https://www.psp.cz/docs/laws/dek/> (abgerufen 20. 7. 2024).

40 Mehr in: Muriel Blaive und Georges Mink (eds.), *Benešovy dekrety. Budoucnost Evropy a vyrovnávání se s minulostí* (Praha: CEFRES, 2003); Heiner Timmermann, Emil Voráček und Rüdiger Kripke (eds.), *Die Beneš-Dekrete. Nachkriegsordnung oder ethnische Säuberung. Kann Europa eine Antwort geben?* (Münster: Lit Verlag, 2005).

41 EKD, *Smiření*, 32.

Es ist wichtig zu bemerken, dass sich die politischen Entscheidungsträger beider Länder bewusst waren, dass eine korrekte Analyse ihrer gemeinsamen Geschichte der Schlüssel zum gegenseitigen Verständnis sein würde. Aus diesem Grund wurde 1990 die *Deutsch-Tschechoslowakische*, nach der Auflösung der Tschechoslowakei auch *Deutsch-Tschechische Historikerkommission* und *Deutsch-Slowakische Historikerkommission* genannt, gegründet. Sie veröffentlichten damals gemeinsam Texte zu den Problemen des Zusammenlebens der beiden Nationen, die zum gegenseitigen Verständnis beitragen sollten.⁴²

Der tschechische Präsident Václav Havel war sich der Tatsache bewusst, dass die tschechisch-deutschen Beziehungen zu Beginn der 1990er Jahre noch immer durch die Vergangenheit belastet waren, und bemühte sich, diese zu überwinden. Deshalb initiierte er zum Beispiel 1995 eine Vortragsreihe mit dem Titel *Gespräche mit dem Nachbarn*.⁴³ Die Partnerschaft zwischen den beiden Ländern wurde jedoch erst mit der *Deutsch-Tschechischen Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung vom 21. Januar 1997* offiziell.⁴⁴ Im Zusammenhang mit dieser Analyse ist Artikel IV. der Schlüsselartikel: „Beide Seiten stimmen darin überein, daß das begangene Unrecht der Vergangenheit angehört und werden daher ihre Beziehungen auf die Zukunft ausrichten. Gerade deshalb, weil sie sich der tragischen Kapitel ihrer Geschichte bewußt bleiben, sind sie entschlossen, in der Gestaltung ihrer Beziehungen weiterhin der Verständigung und dem gegenseitigen Einvernehmen Vorrang einzuräumen, wobei jede Seite ihrer Rechtsordnung verpflichtet bleibt und respektiert, daß die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat. Beide Seiten erklären deshalb, daß sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden.“⁴⁵ Obwohl damit das Kapitel der Konfliktgeschichte auf politischer Ebene abgeschlossen schien, ist es immer wieder in die öffentliche Debatte zurückgekehrt.⁴⁶ Weitere Schwerpunkte in

42 Mehr in: Deutsch-Tschechische Historikerkommission, *Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung: Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert* (München: Oldenbourg, 1996).

43 Pavel Klener, *Rozhovory o sousedství: Cyklus přednášek pod záštitou prezidenta ČR Václava Havla* (Praha: Univerzita Karlova, 1997).

44 Vollständiger Text verfügbar unter: *Deutsch-Tschechische Erklärung*, <https://prag.diplo.cz/cz-de/themen/politik/seite-deutsch-tschechische-erklaerung/1142380> (abgerufen 20. 7. 2024).

45 Ibid.

46 Zum Beispiel in der Zeit vor dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union, als es zu Streitigkeiten über die bereits erwähnten sogenannten Beneš-Dekrete

der Entwicklung der tschechisch-deutschen Beziehungen, die die evangelische Stellungnahme *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* bestimmten, insbesondere im Hinblick auf Gedenkstätten des Zweiten Weltkriegs wie Theresienstadt oder Lidice, werden in dem Buch *Der trennende Zaun ist abgebrochen* erwähnt.⁴⁷

Was weitere Aktivitäten im Bereich der tschechisch-deutschen Beziehungen betrifft, so hat BSIA in seiner Analyse der Nachkriegsgeschichte einige Persönlichkeiten aus dem evangelischen Umfeld erwähnt, deren Aktivitäten den Lesern von *Communio Viatorum* gut bekannt sind, allerdings ohne konkrete Zitate. Dazu gehört zum Beispiel der Philosoph Erazim Kohák, „der die Reichweite des Prinzips der Unteilbarkeit der Freiheit betonte.“⁴⁸ Auch die intensive Hilfe für deutsche Kinder von tschechischem Humanist, Pädagoge und Publizist Přemysl Pitter oder der lang anhaltende Einfluss der Professoren von Hus- und später evangelisch-theologischen Comenius-Fakultät, nämlich Rudolf Říčan, Josef B. Souček und Josef L. Hromádka.⁴⁹ Die Autoren des Textes bezogen sich jedoch speziell auf die Nachkriegsartikel von Říčan und Souček in der Zeitschrift *Křesťanská revue*, insbesondere auf den Brief von J. B. Souček aus dem Jahr 1948 nach Genf.⁵⁰ Und auch einige Überlegungen von J. L. Hromádka, die 1946 in dem Buch *Vom anderen Ufer* veröffentlicht wurden.⁵¹

In der offiziellen Antwort der EKD auf die Stellungnahme *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* wird auch die sogenannte *Ostdenkschrift aus dem Jahr 1965* erwähnt, mit der die EKD Kontinuität suchte.⁵² Es

kam. Mehr in: Christian Domnitz, *Zápas o Benešovy dekrety před vstupem do Evropské unie. Diskuze v Evropském parlamentu a v Poslanecké sněmovně Parlamentu ČR v letech 2002–2003* (Praha: Dokořán, 2007). Zur Geschichte der Deutsch-Tschechischen Beziehungen nach 1989 mehr in: Vladimír Handl, „Německá politika vůči České republice od doby sjednocení“, in Christoph Buchheim (ed.), *Československo a dva německé státy* (Ústí nad Labem: Albis International, 2011), 43–60; Jaroslav Kučera, *Mírové uspořádání s Německem. Od protihitlerovské koalice k Česko-německé deklaraci* (Praha: Dokořán, 2018), 230–64.

47 EKD, *Der trennende Zaun*, vornehmlich 71–91.

48 EKD, *Smíření*, 30.

49 Ibid., 30.

50 Josef B. Souček, „Brief nach Genf aus dem Jahr 1948“, *Křesťanská revue* 58:2 (1991), 39–46.

51 Josef L. Hromádka und Otakar Odložilík, *S druhého břehu. Úvahy z amerického exilu 1940–1945* (Praha: Jan Laichter, 1946); Archiv der EKBB, Nicht numeriert, Brief von J. Čapek für J. A. Dvořáček von 10. April 1993.

52 EKD, *Smíření*, 49.

handelte sich um ein Dokument über die Grenze zwischen Deutschland und Polen an Oder und Neiße, das den Warschauer Vertrag zwischen der BRD und der Volksrepublik Polen von 1970 weitgehend vorwegnahm.⁵³ Die Frage der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei wird in dem Text nur am Rande behandelt. Die Autoren der Ostdenkschrift, darunter der spätere Bundespräsident Richard von Weizsäcker, forderten ihre politischen Vertreter auf, die Idee von 1937, Deutschland in seinen Grenzen wiederherzustellen, aufzugeben und drängten auf eine gegenseitige Aussöhnung.⁵⁴

4. Diskussion über das Dokument

Im April 1995 empfahl der Synodalrat der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, den Text *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudeten-deutschen* an die Gemeinden als Anregung für Diskussionen oder weitere Überlegungen zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen zu versenden. In einem Interview erinnerten die Zeitzeugen daran, dass das Dokument positiv aufgenommen wurde. Kirchenmitglieder äußerten sich dankbar darüber, dass die EKBB sich auf eine Diskussion über die Nachkriegtschechoslowakei eingelassen und tschechische Verfehlungen eingestanden hatte. Und auch darüber, dass sie das Problem nicht mit einer einzigen endgültigen Lösung angegangen war, sondern mit einer Reihe von nachfolgenden Schritten, die zur Verbesserung der Beziehungen unternommen werden mussten.⁵⁵ Dies ermöglichte es auch, dass die Erklärung später im selben Jahr als offizielle Position der gesamten Kirche angenommen wurde. Aber wie ist das Dokument entstanden? Und was waren andere konkrete positive oder negative Reaktionen auf sie?

Wie schon geschrieben wurde, wurde die erste Idee für ein Dokument 1992 im *Beratungsausschuss für Soziale und Internationale Angelegenheiten* entwickelt. Die Mitglieder des BSIA erhielten aber auch Anregungen für

53 Vollständiger Text verfügbar unter: EKD (eds.), *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn: Eine evangelische Denkschrift* (Hannover: EKD, 1966).

54 Mehr z. B.: Martin Greschat, *Die Ostdenkschrift der EKD (1965) als Wegbereiterin eines neuen Europa*, https://www.nordkirche-nach45.de/fileadmin/user_upload/baukasten/Baukasten_Neue_Anfaenge/NA_Luebeck_Prof_Greschat_Europa.pdf (abgerufen 20. 7. 2024).

55 Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Jan Čapek am 16. Januar 2024; Ibid., Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 20. Oktober 2023.

den Text aus ihrem eigenen Umfeld und berieten sich mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen beratenden Abteilungen des Synodalrates der EKBB, insbesondere aus der Kommission für den Weg der Kirche seit 1945. Aus den erhaltenen Materialien im persönlichen Archiv von Jan Čapek wird deutlich, dass der BSIA versuchte, bei seiner Arbeit systematisch vorzugehen. „Es geht zunächst einmal darum, unser Verhältnis zu den Deutschen für uns selbst zu klären, zu formulieren. Dann können wir die deutschen Christen auffordern, das Gleiche zu tun, und am Ende versuchen, eine gemeinsame Position zu finden,“ schrieb der Historiker Jaromír Procházka, ein späteres Mitglied der Tschechisch-deutschen Arbeitsgruppe der EKBB und EKD, im Februar 1992 an Čapek.⁵⁶ Gleichzeitig übermittelte er seine Kommentare und Einschätzungen zu einigen Schlüsselmomenten in der Geschichte der böhmischen Länder, die in deutlich abgewandelter Form in der Abschlusserklärung erschienen. Zum Beispiel, dass bei den Parlamentswahlen 1935 zwei Drittel der Deutschen in der Tschechoslowakei für die Sudetendeutsche Partei von Konrad Henlein stimmten, einschließlich seines Programms „um die Tschechoslowakische Demokratische Republik zu unterminieren.“⁵⁷ Aber gleichzeitig, dass bei der Vertreibung aus den Grenzgebieten „wurden sie [Deutsche – L. B.] wie gesetzlose Kreaturen behandelt. Die Nazi-Bestimmungen für Juden waren die Norm. [...] Die tschechische Nation machte sich auf, um Rache zu nehmen.“⁵⁸

In ähnlicher Weise schrieb das bereits erwähnte BSIA-Mitglied Tomáš Růžička im März 1992 und betonte, dass „wir uns keine Illusionen machen dürfen, auch nicht über diejenigen, die wir um Vergebung bitten sollten.“⁵⁹ Darüber hinaus versuchte er aber auch das Argument zu entkräften, dass den Sudetendeutschen mit der Vertreibung in die Bundesrepublik, insbesondere nach Bayern, grundsätzlich geholfen wurde, weil es ihnen wirtschaftlich besser ging und sie nicht 40 Jahre KPTsch-Herrschaft erleben mussten. „Wenn Deutschland heute ein wohlhabendes Land ist, in das alle strömen, die einen ‚hohen Lebensstandard‘ anstreben, so war das damals sicher nicht der Fall, und das wusste auch niemand.“⁶⁰

56 Archiv der EKBB, Nicht numeriert, Jaromír Procházka: Tschechen und Deutsche.

57 Ibid.

58 Ibid.

59 Archiv der EKBB, Nicht numeriert, Brief von T. Růžička für J. Čapek von 19. März 1992.

60 Ibid.

Der erste fragmentarische Entwurf von zwei Seiten, der noch den ursprünglichen Titel *Die Problematik der Sudetendeutschen* trägt, wurde im Juni 1993 geschrieben.⁶¹ Er basierte auf sieben Thesen, die später im Schlussdokument *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* erschienen. Daraus lässt sich vor allem ableiten, welche Punkte der BSIA betonen wollte und worauf der gesamte Schlusstext aufbauen sollte. Die Hauptgedanken waren: 1) Im Mittelalter kamen die Deutschen nicht als Eroberer in die böhmischen Länder, sondern auf der Grundlage einer legitimen Einladung der böhmischen Herrscher. 2) Aufgrund unterschiedlicher historischer und kultureller Traditionen kam es zu Konflikten, die in der Hussitenzeit ihren Höhepunkt fanden. 3) Die nach dem Schlag auf dem Weißen Berg (1620) durchgeführte Gegenreformation und die anschließende Germanisierung waren eine Tragödie für die tschechisch-deutschen Beziehungen. 4) Seit dem 19. Jahrhundert und der Zeit des erwachenden Nationalismus vertieften sich die gegenseitigen Antagonismen; nach dem Ersten Weltkrieg verschärfte sich das, was Konrad Henlein zu seinem Vorteil nutzte. 5) Nazideutschland wollte mit Unterstützung der Sudetendeutschen die Tschechoslowakei übernehmen. 6) Die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei war, auch wenn sie von den Siegermächten gebilligt wurde, moralisch schwer zu rechtfertigen und falsch; außerdem wurde das geräumte Gebiet nicht ausreichend rekultiviert. 7) Die Probleme konnten nicht durch eine fundamentalistische Lösung, sondern nur durch neue Zusammenarbeit, Reue und gegenseitige Vergebung gelöst werden. Der BSIA präziserte in der Folge die Thesen, klärte aber auch Schlüsselbegriffe wie Vertreibung oder Aussiedlung und vervollständigte die stilistische Form des Dokuments.⁶²

Die Stellungnahme *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* löste nach ihrer Veröffentlichung im April 1995 eine Welle von positiven und negativen Reaktionen aus. Vor allem die positiven wurden bereits 1996 von Jan Čapek für die Zeitschrift *Protestant* zusammengefasst.⁶³ Das Dokument wurde positiv aufgenommen, zum Beispiel vom damaligen Premierminister

61 Archiv der EKBB, Nicht numeriert, Die Problematik der Sudetendeutschen, Thesen.

62 Ibid., T. Růžička: Arbeitstext für den Beratungsausschuss für Soziale und Internationale Angelegenheiten, Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Jan Čapek am 16. Januar 2024.

63 Tomáš Trusina, „Wir waren überrascht von der breiten Resonanz: Gespräch mit Jan Čapek“, *Protestant* 3 (1996), <https://protestant.evangelnet.cz/siroky-ohlas-nas-prekvapil> (abgerufen 20. 7. 2024).

Václav Klaus,⁶⁴ des Präsidenten der Abgeordnetenversammlung des Parlaments der Tschechischen Republik Milan Uhde,⁶⁵ Botschafter der Tschechischen Republik in Deutschland und zukünftiger Mitverfasser der Deutsch-Tschechischen Erklärung Jiří Gruša,⁶⁶ Bundespräsident Richard von Weizsäcker⁶⁷ Direktor des Kabinetts von Außenminister Michal Lobkowicz,⁶⁸ Collegium Carolinum⁶⁹ und viele andere. Da die Synode der EKBB im November 1995 den Text als offiziellen Standpunkt angenommen hat, kann man davon ausgehen, dass die positiven Reaktionen in der Mehrheit waren.

Der BSIA erhielt auch einige kritische Rückmeldungen. Die häufigsten lauteten, dass die Sudetendeutschen selbst Konrad Henlein und den Nationalsozialismus gewählt hätten oder dass sie nach dem Zweiten Weltkrieg noch einige Waffen besäßen, so dass man nicht sagen könne, dass sie wehrlos seien.⁷⁰ Dem Dokument selbst wurde auch Naivität vorgeworfen, da es möglicherweise die Tür zur Beschlagnahme der Grenzgebiete öffnet, wie sie von Vertriebenen in Bayern gefordert wird, oder die Überlegenheit Deutschlands gegenüber Böhmen unterstreicht.⁷¹ Die Briefe enthielten auch Antipathien gegen die Person von Josef L. Hromádka, der als „kommunistischer Kollaborateur“ bezeichnet wurde, was ihn aus der Diskussion über die Sudetendeutschen diskreditieren sollte.⁷²

Es sind auch zwei umfangreichere Briefe erhalten, die sich ausführlich mit den einzelnen Argumenten der Erklärung befassen und deren Verfasser versuchen, die Schlussfolgerungen des Dokuments zu bestreiten. Der Autor des ersten kritischen Briefes war der Historiker Jaroslav Valenta, dessen Forschungen sich unter anderem mit der Geschichte der Vertreibung der Deutschen aus Polen befassten,⁷³ der ebenfalls die Erklärung *Versöhnung 95* unter-

64 Archiv der EKBB, Nicht numeriert, Brief von V. Klaus für M. Brož von 26. September 1995.

65 Ibid., Brief von M. Uhde für M. Brož von 10. Oktober 1995.

66 Ibid., Brief von J. Gruša für M. Brož von 6. Oktober 1995.

67 Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 20. Oktober 2023.

68 Archiv der EKBB, Nicht numeriert, Brief von M. Lobkowicz für Z. Susa von 6. Mai 1996.

69 Ibid., Brief von F. Seibt für M. Wernisch von 7. März 1996.

70 Ibid., Brief von M. Grus für J. Čapek von 18. Februar 1996.

71 Ibid., Brief von A. Tůnová für J. Čapek von 25. April 1996.

72 Ibid., Brief von M. Grus für J. Čapek von 18. Februar 1996.

73 Z. B. Jaroslav Valenta und Piotr Wandycz, *Střední Evropa v dějinách od středověku do současnosti. Cena svobody* (Praha: Academia, 1998); Jaroslav Valenta, „Odsun Němců z Polska: Současná historiografie, stanoviska a diskuze“, in Václav Kural (ed.), Studie

zeichnet hat.⁷⁴ Die zweite umfassende Kritik stammt von Lubomír Miřejovský, einem bekannten evangelischen Pfarrer und aktiven Mitglied internationaler ökumenischer Gremien, z. B. der Christlichen Friedenskonferenz.⁷⁵ Daraufhin versuchten die BSIA-Mitglieder, ihren Standpunkt erneut zu erläutern, entweder durch Briefe oder in persönlichen Gesprächen. Aus den überlieferten Materialien und den Gesprächen mit den Überlebenden lässt sich jedoch schließen, dass beide Seiten auch nach dem Ende des Gesprächs an ihren ursprünglichen Aussagen festhielten.⁷⁶

Jaroslav Valenta konzentrierte sich in seiner Stellungnahme vor allem auf den historischen Teil des Textes und warf den Autoren vor, sich bei ihren Schlussfolgerungen auf sudetendeutsche Literatur zu stützen, die seiner Meinung nach Propaganda sei und daher zu falschen Schlussfolgerungen führe. Dies „dient leicht als bequemer Vorwand für die unerbittlichsten sudetendeutschen Publizisten und Funktionärsschreier.“⁷⁷ Er kritisierte vor allem die Bewertung der historischen Entwicklung nach 1918 und warf dem BSIA vor, nicht zu erwähnen, dass die Deutschen auf tschechischem Gebiet alle Vorschläge Masaryks und anderer politischer Vertreter der Tschechoslowakei für eine einvernehmliche Lösung der Probleme und das Angebot einer Machtbeteiligung im neuen Staat abgelehnt hätten. Den Verfassern der Erklärung wurde auch vorgeworfen, die Nachkriegsverschiebung nicht verstanden zu haben. Ihm zufolge konnte nicht jeder Schuldige einzeln behandelt werden, nicht zuletzt, weil es im Grenzgebiet keine tschechoslowakische Verwaltung gab. Und bis diese dort eingerichtet worden wäre, wären die Unterlagen zu den einzelnen Verbrechen vernichtet worden. Da die Deutschen massenhaft für die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins, also gegen die tschechoslowakische Demokratie, gestimmt hatten, mussten kollektive Bestrafungen folgen. Valenta erwähnte auch, dass die Vertreibung eine „drastische Lösung war, sowohl in Bezug auf das individuelle Schicksal

o sudetoněmecké otázce, 31–64. Bibliographie von J. Valenta verfügbar in Historický ústav Armády České republiky, *Evropa mezi Německem a Ruskem: Sborník prací k sedmdesátinám Jaroslava Valenty* (Praha: Historický ústav AV ČR, 2000).

74 Pavel Macháček und Jaroslav Valenta (eds.), *Česko-německé vztahy: Česká stanoviska, sborník* (Praha: Kruh občanů České republiky vyhnaných v r. 1938 z pohraničí, 1998).

75 Weitere Informationen finden Sie z. B. in seinen Memoiren: Lubomír Miřejovský, *Dopisy z XX. století* (Praha: Nuga, 2004).

76 Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Jan Čapek am 16. Januar 2024.

77 Archiv der EKBB, Nicht numeriert, Brief von J. Valenta für Synodalrat der EKBB von 10. März 1996.

als auch auf die Tragik, aber sie war die Frucht einer drastischen Erfahrung des grausamsten Krieges in der Geschichte der Menschheit.“⁷⁸ Realistisch betrachtet gebe es keine geeignete Option für eine Abschiebung, sagte er. Er erwähnte auch das Gesetz Nr. 115/1946, das Verbrechen im Zusammenhang mit der Vertreibung der Deutschen entschuldigte. Valenta zufolge handelte es sich dabei um ein Missverständnis des Gesetzes durch den BSIA, denn das Gesetz sei in erster Linie verabschiedet worden, um „Taten aus der gesamten Kriegs- und Besatzungszeit zu exkulpieren, es war notwendig, um die Verfolgung von z. B. Widerstandskämpfern zu verhindern.“⁷⁹ Zum Abschluss seiner Kritik ging er auch auf das Programm der Sudetendeutschen Landsmannschaft ein, insbesondere auf die 20 Punkte aus dem Jahr 1961, die seiner Meinung nach eine „existenzielle Bedrohung der tschechischen Staatlichkeit“ darstellten.⁸⁰

Jan Čapek zufolge kehrte Miřejovský wiederholt zu den BSIA-Mitgliedern zurück, und sein Hauptargument ließ sich auf die Behauptung vereinfachen, dass die Abschiebung der Deutschen eine legale Vergeltung für deren Untaten während des Zweiten Weltkriegs sei.⁸¹ Es muss betont werden, dass Miřejovský auch die Bemühungen um gegenseitige Versöhnung und Vergebung positiv bewertete. Seiner Meinung nach wurde das Dokument jedoch vor allem durch seine „Ungenauigkeit und fehlende Verankerung in den Realitäten der Vergangenheit und der Gegenwart beschädigt“. ⁸² Seine Kritik stützte sich auf seine eigenen Erfahrungen, denn er wurde in der Grenzregion geboren, in Košťany bei Teplice, wo er auch die Unterdrückung durch die Deutschen erlebte. Die Erlebnisse, die in der Abwanderung seiner Familie nach Libiš bei Mělník gipfelte, und von 1949–1952, als er Vikar in Karlovy Vary war. Miřejovský wies auf die Ahistorizität des Begriffs „Sudeten“ oder „Sudetendeutsche“ hin. Ihm zufolge galten die in den böhmischen Ländern lebenden Deutschen in der Geschichte als „Böhmen“ und der Begriff „Sudeten“ wurde erst von Konrad Henlein in das Wörterbuch eingeführt. Es handele sich also um einen Propagandabegriff. In ähnlicher Weise wies er darauf hin, dass der Begriff „Aussiedlung“ hauptsächlich von den Nazis verwendet

78 Ibid., J. Valenta, Wer kriminalisiert in den tschechisch-sudetendeutschen Beziehungen.

79 Ibid.

80 Ibid.

81 Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Jan Čapek am 16. Januar 2024.

82 Archiv der EKBB, Nicht numeriert, Brief von L. Miřejovský für Synodalrat der EKBB von 5. April 1996.

wurde, um die Umsiedlung der Bevölkerung unter der Organisation der deutschen Behörden zu beschreiben. Daher sollte der Begriff „Abschiebung“ verwendet werden, der in offiziellen, von allen Mächten gebilligten Rechtsdokumenten verwendet wurde. Miřejovský verteidigte auch die Dekrete von Präsident Beneš, weil ihnen zufolge Personen, die den Interessen der Tschechoslowakei schaden, zur Abschiebung bestimmt waren, unabhängig von ihrer Nationalität oder Sprache. Seiner Interpretation nach richteten sie sich also nicht ausschließlich gegen Deutsche oder Ungarn. Neben dem betonte er, dass „wer die so genannten Beneš-Gesetze und -Dekrete in Frage stellt oder auf ihre Abschaffung drängt, gefährdet die Rechtsgrundlage unseres Staates.“⁸³ Er wies ferner darauf hin, dass die Erklärung die Verbrechen der Tschechen übertrieben darstelle. Das Münchener Abkommen von 1938, ein Schlüsselereignis, das alle nachfolgenden Entwicklungen und das Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen beeinflusste, wurde seiner Meinung nach nicht ausreichend berücksichtigt. Und da es auch in den 1990er Jahren noch Teil des deutschen Rechtssystems war, konnte es seiner Ansicht nach nicht einfach mit einem Appell zur Vergebung abgehandelt werden. Außerdem, so Miřejovský, habe die EKBB in der Grenzregion sowohl geistig als auch materiell viel für die Deutschen getan. „Unsere Kirche muss sich für nichts entschuldigen, sie kann jedem Deutschen direkt in die Augen schauen. Ein wenig Nationalstolz ist angebracht; auf die Knie zu fallen, ist nur etwas für Schuldige und Bettler.“⁸⁴

5. Nach der Veröffentlichung

Die deutsche Version der Stellungnahme *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* wurde auch der EKD übermittelt, die sie dankend annahm.⁸⁵ Zunächst sandten Klaus Engelhardt, Vorsitzender des Rates der EKD, und Johannes Hempel, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der EKD, am 9. Januar 1996 ein Schreiben an den Synodalarat der EKBB, in dem sie die wesentlichen Punkte der Reaktion der EKD darlegten. Diese wurden dann von der Synode der EKD ausgearbeitet und am 7. November 1996 als offizielle Stellungnahme der Kirche unter dem Titel *Kundgebung der 8. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 7. Tagung*

⁸³ Ibid.

⁸⁴ Ibid.

⁸⁵ EKD, *Směření*, 41.

zur *Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen* verabschiedet.⁸⁶ Die EKD nahm die von der EKBB angebotene Hand an und bekundete ihre Absicht, die gegenseitigen Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen zu verbessern. Sie drückte auch ihr Bedauern darüber aus, dass bisher auf politischer und gesellschaftlicher Ebene keine Einigung zwischen den Vertretern der Tschechischen Republik und Deutschlands gefunden werden konnte, die zu einer offiziellen Nachkriegsversöhnung führen würde, wie dies bei anderen mitteleuropäischen Staaten im Verhältnis zu Deutschland der Fall war. Die EKD-Erklärung betont auch die deutsche Schuld an den Tschechen, die während des Zweiten Weltkriegs begangen wurde und die der Vertreibung vorausging sowie die generelle Unterstützung der NS-Diktatur durch die Sudetendeutschen. „Mit Ehrfurcht und Ernst vor Gott suchen wir Vergebung dieser Schuld. Wir bitten unsere tschechischen Schwestern und Brüder um Vergebung und gewähren, soweit es uns zukommt, ebenfalls Vergebung.“⁸⁷ Wichtig war auch die Aufforderung der EKD an die ehemaligen Sudetendeutschen, auf ihre Ansprüche auf das in den tschechischen Ländern verbliebene Eigentum zu verzichten, da es nicht ohne neue und tiefe Verletzungen erworben werden könne.

Nicht uninteressant ist, dass auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft auf die EKD-Erklärung reagierte und eine kritische Haltung einnahm.⁸⁸ Ähnlich wie die im vorigen Kapitel erwähnten tschechischen Kritiker wies die SL auf historische Ungenauigkeiten hin, die im Text sowohl der EKBB als auch der EKD auftauchen, allerdings „von der anderen Seite“. Insbesondere störte sie die kollektive Vorstellung von der deutschen Schuld, die zur Vertreibung führte. Sie wies auch darauf hin, dass die so genannten Beneš-Dekrete zwar problematisch seien, die Tschechische Republik sich aber nicht von ihnen distanziert habe und sie nach wie vor Teil des tschechischen Rechtssystems seien. Nicht zuletzt bestritt die SL auch, dass die Nazi-Diktatur die KPTsch in der Tschechoslowakei an die Macht gebracht haben könnte. Ihrer Interpretation nach war dies die Schuld von Edvard Beneš, der dies bereits während des Krieges mit dem sowjetischen Machthaber Joseph Stalin abgesprochen hatte.

⁸⁶ Ibid., 47–57.

⁸⁷ Ibid., 53.

⁸⁸ Archiv der EKBB, Nicht numeriert, Dokumentation: Deutsch-tschechisches Verhältnis: An der Wirklichkeit vorbei. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft zur „Kundgebung“ der EKD-Synode.

Auf der Grundlage der EKD-Erklärung wurde auch die *Tschechisch-deutsche Arbeitsgruppe der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder und Evangelischen Kirche in Deutschland* gegründet. Ihre Einrichtung wurde bereits in einem Schreiben der EKD-Vertreter vom Januar angedeutet⁸⁹ und ein ganzes Jahr lang der Verlauf vorbereitet.⁹⁰ Insgesamt bestand die Gruppe aus sieben tschechischen und ebenso vielen deutschen Mitgliedern.⁹¹ Bis 1998 traf sich die Gruppe abwechselnd in Deutschland und in der Tschechischen Republik, insgesamt sieben Mal.⁹² Obwohl sich beide Seiten bemühten und abwechselnd einzelne Treffen veranstalteten, räumte Frey-Reininghaus ein, dass die Arbeitsgruppe hauptsächlich von der EKD finanziert wurde.⁹³ Die erste Sitzung fand am 12. und 13. Dezember 1996 in Dresden statt, und die Mitglieder waren sich einig, dass einige Passagen beider Erklärungen geändert werden müssen, um sie historisch korrekter zu machen. Ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung war auch eine Diskussion über die bevorstehende *Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung*.⁹⁴

Die Arbeit der Tschechisch-deutschen Arbeitsgruppe mündete in dem Buch *Der trennende Zaun ist abgebrochen*. Neben der Arbeit an dem Buch nahmen die Mitglieder der Gruppe auch an verschiedenen öffentlichen Debatten und Diskussionen mit Politikern teil. So erinnerte sich Gerhard Frey-Reininghaus an eine Podiumsdiskussion mit Jiří Gruša und weitere Debatten mit Vertretern der Tschechischen und Deutschen Bischofskonferenz.⁹⁵ Einzelne Mitglieder hielten aber auch öffentliche Vorträge in den Gemeinden der EKBB, in denen sie die Position der Kirche zu zentralen Punkten der tschechisch-deutschen Geschichte erläuterten. Jaromír Procházka zum Beispiel hielt einen Vortrag mit dem Titel *Widerstand nach fünfzig Jahren*.⁹⁶

⁸⁹ EKD, *Smíření*, 45.

⁹⁰ Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 20. Oktober 2023.

⁹¹ Namensliste verfügbar in: EKD, *Der trennende Zaun*, 5.

⁹² Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 20. Oktober 2023.

⁹³ Ibid.

⁹⁴ Archiv der EKBB, Nicht numeriert, Tagung 12.–13. 12. 1996, Dresden.

⁹⁵ Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 20. Oktober 2023.

⁹⁶ Archiv der EKBB, Nicht numeriert, J. Procházka: *Widerstand nach fünfzig Jahren*.

Der trennende Zaun ist abgebrochen ist ein vielschichtiges Buch, zu dem die gesamte Tschechisch-deutsche Arbeitsgruppe beigetragen hat.⁹⁷ Der erste Teil war einer genaueren Analyse der tschechisch-deutschen Beziehungen und ihrer Geschichte gewidmet. Die Autoren vergaßen nicht, alle früheren Initiativen zu erwähnen, die sich nach 1945 um eine gegenseitige Aussöhnung bemühten, sowohl von der EKBB als auch von der EKD. Das Buch erwähnt auch die verbindenden Elemente zwischen den beiden Nationen, wie die Sudetendeutschen und ihre Kultur, sowie Franz Kafka und andere. Die Autoren bemühten sich auch, die grundlegenden Dokumente, nämlich kirchlichen oder politischen Reden zur tschechisch-deutschen Frage zusammenzufassen, die damals im öffentlichen Raum erschienen sind. Dies ist jedoch nur eine sehr selektive Auswahl. Andererseits gibt es eine ausführliche Liste empfohlener Literatur für nachfolgende Studien oder eine Liste von Kontakten und weitere Informationen zu verschiedenen Institutionen, Orten oder Denkmälern, die mit dem Hauptthema in Verbindung stehen. Am Ende des Buches finden sich auch Lieder, Psalmen, Gebete und andere geistliche Texte, die auf der gemeinsamen tschechisch-deutschen Tradition beruhen oder sich mit diesem Thema befassen. Es ist nicht uninteressant, dass die Autoren des Buches beschlossen haben, dass dieser letzte Abschnitt in beiden Fassungen auf derselben Seite 140 beginnt. Denn die Herausgeber gingen davon aus, dass die erwähnten Lieder oder Gebete bei gemeinsamen Treffen und Gottesdiensten verwendet werden. Da die tschechische Fassung jedoch kürzer ist, folgt Seite 140 auf Seite 127.⁹⁸ Der einzige signifikante Unterschied zwischen der tschechischen und der deutschen Version des Buches besteht in der Gestaltung des Buchdeckels, wobei der tschechische Einband eine in den Blättern sitzende Friedenstaube zeigt, während der deutsche Einband ein rotes abstraktes Motiv mit einer Schramme in der Mitte aufweist.

Mit der Veröffentlichung von *Der trennende Zaun ist abgebrochen* hat die Tschechisch-deutsche Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit eingestellt. Es sei jedoch erwähnt, dass die Tätigkeit einzelner Mitglieder in diesem Bereich nicht beendet ist. So wurde beispielsweise Monika Žárská aufgrund ihrer Arbeit

⁹⁷ Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Jan Čapek am 16. Januar 2024.

⁹⁸ EKD, *Der trennende Zaun*, 127.

in der Arbeitsgruppe im Jahr 2003 Mitglied des *Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums* geworden.⁹⁹

6. Abschluss

Der dreißigste Jahrestag der Veröffentlichung der Erklärung *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* ruft zum Nachdenken auf. Anfang der 1990er Jahre wurden zentrale Fragen der tschechisch-deutschen Geschichte in der Öffentlichkeit intensiv debattiert. Obwohl die führenden Vertreter beider Staaten offizielle Kontakte pflegten, konnten sie sich nicht auf eine klare gemeinsame Position einigen. Die Bewohner des tschechischen Grenzgebiets, die in ehemaligen deutschen Siedlungen lebten, waren unsicher, ob sie ihren gesamten Besitz verlieren würden. In dieser Zeit des Aufruhrs veröffentlichte die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder einen Text, der zur gegenseitigen Versöhnung, zur Vergebung vergangener Verfehlungen und zur Arbeit an einer gemeinsamen Zukunft aufrief. Das Dokument war zweifellos ein wichtiger Meilenstein in den Beziehungen zwischen der EKBB und der EKD. Nicht nur es, sondern auch die Arbeit der Tschechisch-deutschen Arbeitsgruppe setzte die Grenzen für die weitere Zusammenarbeit und versicherte den Kirchenmitgliedern, dass sich an den guten Beziehungen zwischen den beiden evangelischen Kirchen nichts ändern würde.

In beiden Kirchen, insbesondere auf deutscher Seite, stieß die Erklärung auf große Resonanz. Darüber hinaus konnten Vertreter der EKBB auch mit tschechischen Spitzenpolitikern wie Präsident Václav Havel zusammentreffen und das Dokument mit ihm diskutieren.¹⁰⁰ Anfang 1997 richtete der Synodalarat der EKBB auch einen Appell an die Abgeordneten beider Kammern des tschechischen Parlaments. In diesem Appell wies er darauf hin, dass, wenn sich die beiden evangelischen Kirchen auf ein gemeinsames Vorgehen einigen könnten, sich auch die beiden Nationen auf dasselbe einigen könnten, und unterstützte damit die Annahme der *Deutsch-Tschechischen Erklärung*.¹⁰¹

⁹⁹ Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 20. Oktober 2023; *Ehemalige Mitglieder*, <https://www.diskusniforum.org/o-diskusnim-foru/byvali-clenove/> (abgerufen 20. 7. 2024).

¹⁰⁰ Archiv der EKBB, Nicht numeriert, Vorschlag, mit dem Präsidenten über Folgendes zu sprechen.

¹⁰¹ Ibid., Brief vom Synodalarat der EKBB an die Abgeordneten der beiden Kammern des tschechischen Parlaments der Tschechischen Republik von 5. Februar 1997.

Die Protestanten gaben mit ihrem Beitrag zu den deutsch-tschechischen Beziehungen ein Beispiel dafür, das für alle Tschechen und ihre politischen Führer von Bedeutung hätte sein können.

Dennoch erinnern die Zeitzeugen daran, dass sich das Dokument nur sehr begrenzt an die nichtkirchliche Öffentlichkeit richtete.¹⁰² Die Veröffentlichung des Textes wurde von ähnlichen Problemen begleitet, die auch andere kirchliche Initiativen in jenen Jahren hatten. Ihre Resonanz in der breiteren Gesellschaft war gering und es gelang ihnen nicht, die öffentliche Meinung in der Tschechischen Republik zu beeinflussen. Auch die von der Tschechisch-deutschen Arbeitsgruppe organisierten Veranstaltungen richteten sich wie die anderen kirchlichen Initiativen nur an einen kleinen Personenkreis, der diese Treffen regelmäßig besuchte.¹⁰³ Jan Čapek erinnert sich, dass es wichtig war, dass sich alle Mitglieder der Kommission auf gegenseitige Toleranz und Respekt einigten. Im Laufe der Zeit kam es jedoch nur zu einer Wiederholung der Grundprämissen und zu einer Unfähigkeit, auf Außenstehende zuzugehen.¹⁰⁴ Darüber hinaus stimmten sowohl Gerhard Frey-Reininghaus als auch Jan Čapek darin überein, dass sie zwar mit Jiří Gruša oder Václav Havel zusammengetroffen waren, ihnen aber nicht bewusst war, dass die Erklärung *Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen* irgendeinen Einfluss auf den Inhalt oder die Unterzeichnung der *Deutsch-Tschechischen Erklärung* hatte.¹⁰⁵

Dennoch sollte erwähnt werden, dass dies eine wichtige symbolische Geste der Kirchen in der national angespannten Atmosphäre der 1990er Jahre war. Nach vierzig Jahren Kommunismus, in denen die gegenseitige Kommunikation im öffentlichen Raum eingeschränkt war, traten ungelöste Probleme zutage. Zum Beispiel um eines der zentralen Themen, die so genannten Beneš-Dekrete. Vereinfacht kann man sagen, dass sowohl die EKBB als auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft sie kritisierten. Über die Lösung, d.h. über die Beibehaltung oder Aufhebung, waren sie jedoch unterschiedlicher Meinung. Wichtig war jedoch, dass die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder nicht nur versuchte, ihren Platz in der neuen

¹⁰² Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Jan Čapek am 16. Januar 2024; Ibid., Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 20. Oktober 2023.

¹⁰³ Houžvička, *Návraty*, 387.

¹⁰⁴ Persönliches Archiv des Autors, Interview mit Jan Čapek am 16. Januar 2024.

¹⁰⁵ Ibid., Interview mit Jan Čapek am 16. Januar 2024; Ibid., Interview mit Gerhard Frey-Reininghaus am 20. Oktober 2023.

nachrevolutionären Zeit zu sichern. Vielmehr wollte sie zur gegenseitigen Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen und zur Vergebung der Sünden der Vergangenheit beitragen.

Ladislav Beneš

Institute of International Studies

Faculty of Social Sciences of Charles University

U Kříže 8, 158 00 Prague 5, Czech Republic

ladislav.benes@fsv.cuni.cz